

Substanzielles Protokoll 153. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 14. Dezember 2012, 14.15 Uhr bis 16.36 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 1. | Mitteilungen | |
| 4. | 2012/345 | Weisung vom 19.09.2012:
Voranschlag (Budget) 2013 |
- FV

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

3404. 2012/345
Weisung vom 19.09.2012:
Voranschlag (Budget) 2013

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 152 vom 12.12.2012, Protokoll-Nr. 3404/2012).

Beschlüsse:

Antrag 105.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Stadtpolizei verfügt derzeit über Fahrzeuge unterschiedlicher Marken, die wiederum von unterschiedlichen Konzerngruppen geführt werden. Wir sind überzeugt, dass durch eine Vereinheitlichung zwei Vorteile erzielt werden könnten. Einerseits würde eine Vereinheitlichung zu mehr Sicherheit im Verkehr führen, da sich die

Lenkerinnen und Lenker an eine oder wenige Marken gewöhnen könnten. Andererseits würde eine Vereinheitlichung auch zu einer Kosteneinsparung führen. Beschränkt man sich auf eine Konzerngruppe und kauft grössere Volumen ein, können bessere Konditionen ausgehandelt werden.

Roger Liebi (SVP): Es ist nicht ganz nachvollziehbar, weshalb durch eine Vereinheitlichung die Sicherheit gesteigert werden soll oder warum durch die Einsparung von 75 000 Franken deutlich grössere Flottenrabatte zu holen wären. Die Anzahl der gekauften Autos erlaubt bereits einen Flottenrabatt. Gemäss den Rückfragen ist aufgrund verschiedener Einsatzvarianten eine Vereinheitlichung nicht möglich. Es sind unterschiedliche Automarken in Gebrauch, zu denen Wissen bezüglich Reparatur und Ausbau besteht. Es sollte der Polizei überlassen werden, wie sie diese Fahrzeuge beschafft. Es hätte allenfalls etwas gebracht, eine Einsparung von 250 000 Franken zu beantragen. Bei 75 000 Franken geht es wohl eher um ein einziges Fahrzeug. Mit diesem Betrag einen Flottenrabatt erzielen zu wollen, ist etwas fragwürdig.

S. 203	25 2520 3111 0100	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
105.	Antrag Stadtrat				1 568 000	Minderheit
			75 000		1 493 000	Mehrheit
						Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
						Begründung: Knappere Budgetierung erlaubt bessere Verhandlungen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 106.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Wir beantragen, auf die Beschaffung der dreizehn digitalen AVK-Anlagen zu verzichten. Dadurch ergäbe sich eine Budgetverbesserung von rund 1,4 Millionen Franken. Es ist bekannt, dass in der Stadt Zürich allgemeine Verkehrskontrollanlagen nicht für die Erhöhung der Verkehrssicherheit eingesetzt werden, sondern um Bussen zu generieren. Dieses System ist überreizt. Obwohl es immer mehr Geräte gibt, fliesst immer weniger Geld in die Bussenkasse. Der motorisierte Individualverkehr wird immer mehr aus der Stadt verdrängt. Es ist nicht überraschend, dass die Menge der Überschreitungen abnimmt. Die rot-grüne Abzockerei der Autofahrer ist an ihre Grenzen gestossen. Die Beschaffung der dreizehn AVK-Anlagen bringt keinen Mehrwert.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit versteht nicht, weshalb die SVP versucht, Gesetzesbrecher zu schützen. Wir verstehen auch die Logik der Argumentation nicht, dass die Abzockerei des Stadtrats zunehmen soll, die Busseneinnahmen dabei aber gleichzeitig

sinken. Gibt man mehr Geld aus und die Bussen werden kleiner, ist das genau das, was wir wollen: Nicht mehr Busseneinnahmen, sondern mehr Sicherheit im Strassenverkehr.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wir wollen nicht Gesetzesbrecher schützen. Wer ein bisschen zu schnell fährt, weil er sich auf den Verkehr und nicht auf den Tachometer konzentriert, ist noch kein Gesetzesbrecher. In der letzten Budgetdebatte wurde von den Grünliberalen beantragt, das Budget zu erhöhen, um mehr Anlagen anschaffen zu können, zum Beispiel mit Blick auf die Schulen. Die Stadt stellte die Anlagen zwar bei einigen Schulen auf, aber auch an anderen Orten wie an der Pfingstweidstrasse, wo Tempo 50 vorgeschrieben ist und es vielen Autofahrerinnen und Autofahrern nicht bewusst ist, dass sie bereits 54 km/h fahren. Es geht hier um Schikanen, nicht um Sicherheitspolitik.

S. 203	25 2520 3111 0303	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen Maschinen, Geräte und Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
106.	Antrag Stadtrat				5 440 000	Mehrheit
			1 440 000		4 000 000	Minderheit
			Begründung: Verzicht auf AVK-Anlagen			
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 107.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Auf diesem Konto sind die Folgekosten aus der Beschaffung der digitalen AVK-Anlagen budgetiert. Hier sind Einsparungen von 250 000 Franken möglich. Es bleiben immer noch 400 000 Franken. Im Vergleich zum Rechnungsjahr 2011, als dieser Posten lediglich 240 000 Franken betrug, ist das eine sehr grosszügige Alimentierung. 2011 musste man sich aufgrund der Budgetrückweisung auf das Minimum beschränken. Das funktionierte einwandfrei. Es sollte deshalb möglich sein, sich im Jahr 2013 auf ein durchschnittliches Aufwandniveau einzupendeln. Je mehr man bereit ist, den Verkehr fliessen zu lassen, desto weniger Aufwand fällt auf Seiten der Verkehrsregelungsanlagen an. Die Kostensteigerungen auf diesem Konto sind direkt auf die rot-grüne Verkehrsbehinderungspolitik zurückzuführen. Dieses Vorgehen können wir nicht gutheissen.

Florian Utz (SP): Dieser Kürzungsantrag ist nicht sinnvoll. Auch ich bin der Meinung, dass es am besten ist, im Zweifelsfall auf eine Regelung zu verzichten und dass jeder seines eigenen Glückes Schmied ist. Die SVP fordert den Verzicht auf Verkehrsrege-

lungsanlagen, doch bei einer Kreuzung im Strassenverkehr braucht es Regelungen. Sonst würde jeder Autofahrer und jeder Fussgänger in seinem eigenen Interesse handeln.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Florian Utz (SP) behauptet erneut, dass wir uns nicht um das Gesetz kümmern. Eine Kreuzung als Beispiel zu nennen und zu sagen, dass die Autofahrer sich nur um ihr eigenes Recht kümmern, ist nicht angebracht. Dann müssten die Kameras gleichzeitig so ausgestattet werden, dass statistisch erfasst werden könnte, wie viele Velofahrer jedes Jahr das Gesetz brechen. Diejenigen, die sich in der Stadt an das Gesetz halten, sind vornehmlich die Autofahrer.

S. 203	25 2520 3149 0101	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Kleinere Neu- und Umbauten: Verkehrsregelungsanlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				650 000	Mehrheit
			250 000		400 000	Minderheit
			Begründung: Verzicht auf Verkehrsregelungsanlagen			
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 108.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Wir beantragen, das Budget für den Unterhalt von Maschinen, Geräten und Einrichtungen um 180 000 Franken zu reduzieren und auf das Niveau der Vorjahre zu senken. Die Begründung, dass Garantien von sicherheitstechnisch relevanten Ausrüstungen auslaufen, ist nicht plausibel. Solche Aspekte werden im Rahmen eines Lifecycle-Managements berücksichtigt. Wird nun das Budget auf dieser Position für das Jahr 2013 gegenüber den Erfahrungswerten aus den vergangenen Jahren erhöht, ist das nichts anderes als ein Versuch, finanzielle Reserven zu bilden. Wird das Budget für diese konstanten, wiederkehrenden Leistungen erhöht, wird es der Stadtrat auch in den kommenden Jahren so einfordern. Dann werden wir das heutige Niveau nie mehr erreichen. Das Budget sollte konstant gehalten werden.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit der RPK fordert, dass bei Kürzungen präzisiert werden soll, was genau gestrichen werden soll. Dann kann darüber diskutiert werden. Zur Begründung mit der Vorjahreszahl: Budgetiert wird im Voraus. Wir budgetieren für 2013 und nicht für 2011. Natürlicherweise gibt es dazu Änderungen.

S. 203	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3151 0200	Unterhalt Maschinen, Geräte, Einrichtungen, Korpsmaterial und Ausrüstung				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
108.	Antrag Stadtrat			2 017 700	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)
		180 000		1 837 700	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Teilverzicht auf diverse Anlagen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 109.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): Die von der Stadtpolizei geplante Stabsrahmenübung findet nicht statt. Entsprechend können 200 000 Franken gestrichen werden, 100 000 Franken davon bei diesem Konto.

S. 204	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
109.	Antrag Stadtrat			4 357 000		
		100 000		4 257 000	Zustimmung	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)
		Begründung: Stabsrahmenübung findet nicht statt				

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 110.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Der Antrag ist Bestandteil einer linearen Kürzung von 3 % bei den Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter. Wir haben die 3 % in der aktuellen Budgetdebatte bereits begründet und halten nach wie vor daran fest, dass wir der Meinung sind, dass die Kürzung um 3 % bei verschiedensten Posten durchaus möglich ist und man immer noch mehr ausgibt als in den Jahren 2011 oder 2012.

Florian Utz (SP): Hier gilt dasselbe wie zuvor: Stellt man einen Kürzungsantrag, sollte man bekanntgeben, auf welche Leistung man verzichten will.

S. 204	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
110.	Antrag Stadtrat				4 357 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			130 700		4 226 300	Minderheit
						Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Enthaltung
						Walter Angst (AL)
			Begründung:	3 % lineare Kürzung		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 111.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Habe ich das richtig verstanden, dass wir nun jeden einzelnen Posten bei Dienstleistungen Dritter separat kürzen sollen? Das wäre nicht sinnvoll. Beim vorliegenden Antrag fordern wir eine Verschlechterung von 600 000 Franken. Es handelt sich um eine Gebührensenkung bei der Hundesteuer. Ich bin etwas überrascht, dass wir hier plötzlich in der Minderheit sind. Zu diesem Thema wurde ein Postulat überwiesen. Diejenigen, die es überwiesen haben, sollten auch jetzt dazu stehen und für die Steuersenkung votieren.

Florian Utz (SP): Nachdem ein Postulat überwiesen wurde, muss es innerhalb von zwei Jahren geprüft werden. Das Postulat befindet sich momentan beim Stadtrat in Prüfung und verlangt einen Verzicht auf die Gebührenerhöhung von 135 Franken auf 160 Franken. Beim vorliegenden Antrag handelt es sich jedoch um eine Kürzung in der Höhe von 600 000 Franken. Die Kürzung geht sehr viel weiter als damals im Postulat verlangt. Die Höhe der Kürzung ist nicht verständlich.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): Am 24. Oktober wurde mit 79 gegen 24 Stimmen beschlossen, den Vorstoss umzusetzen. Der Vorstoss ist ein klarer Auftrag, auf den Betrag von 2009 zurückzugehen. Es geht darum, das Postulat so schnell wie möglich umzusetzen. Es kann nicht sein, dass man nochmals zwei Jahre zu viel bezahlt.

Mauro Tuena (SVP): Florian Utz (SP) argumentierte, der Stadtrat hätte zwei Jahre Zeit, das Postulat zu prüfen. Aus diesem Grund sei es nicht sinnvoll, jetzt schon einen Budgetantrag zu stellen. Ich möchte Florian Utz (SP), Markus Knauss (Grüne) und Gian von Planta (GLP) bitten, dass sie mit der gleichen Argumentation konsequenterweise auch weitere Budgetanträge beurteilen, die aufgrund von überwiesenen Postulaten nun bereits im Budget sind, so etwa der Velolift.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ein Postulat ist kein Auftrag, sondern die Bitte, etwas zu prüfen. Wenn es Ende Jahr kommt, ist es für die Verwaltung sehr spät, etwas auszurichten. Doch Sie werden im 2013 eine Weisung mit den finanziellen Auswirkungen erhalten. Dann wird das auf das Budget 2014 wirksam sein.

S. 205	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	4061 0000	Hundesteuern				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
111.	Antrag Stadtrat			- 780 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			600 000	- 180 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Senkung Hundesteuer gemäss Postulat GR Nr. 2010/471				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 112.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir sind dagegen, dass die Gebühren bei den Mieten zur Benutzung des öffentlichen Grundes erhöht werden. Wir sehen auch nicht ein, dass die Stadt pro Zone verschiedene Gebühren erhebt. Der Aufwand ist überall derselbe. Deshalb sind wir der Meinung, dass die geringe Verschlechterung hingenommen werden kann.

Florian Utz (SP): Dieser Antrag bewirkt nichts. Die Höhe der Gebühren richtet sich nicht nach dem, was im Budget für Gebühreneinnahmen budgetiert ist. Sie richtet sich nach den einschlägigen Reglementen. Möchte man die Gebühren ändern, müssen die Reglemente geändert werden. Einen entsprechenden Vorstoss würden wir prüfen. Ich per-

sönlich bin kein Anhänger der Gebührenerhöhung. Doch Gebührenpolitik muss über die Gebührenordnung gemacht werden und nicht über Budgetanträge. Diese bewirken lediglich eine Verschlechterung im Budget.

Weitere Wortmeldungen:

Kurt Hüssy (SVP): Die Verwaltung möchte hier auf seltsame Art ihre Kasse füllen. Über 8 Millionen Franken Gebühren aus der Benutzung des öffentlichen Grundes zu generieren, kann niemand verstehen. Wenn die Begründung wirklich ist, dass es exklusive, sehr gute, gute, normale Lagen und Aussenquartierlagen gibt, erstaunt und besorgt mich das. Meiner Meinung nach leben in allen Quartieren gleichwertige Menschen mit gleichen Bedürfnissen. Wenn für den gleichen Baucontainer im Kreis 1 mehr bezahlt werden muss als im Kreis 12, kann ich das nicht verstehen. Das würde dann auch heissen, dass der Handwerker diesen Bürgern eine grössere Rechnung schreiben dürfte. Ein Trambillet vom Hauptbahnhof bis ans Bellevue kostet auch gleich viel wie von Stettbach an den Hirschenplatz in Schwamendingen. Die Qualifizierung der Bürger in den verschiedenen Quartieren muss verhindert werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Es ist ein altbekanntes Anliegen der FDP, die Gebühren in den Griff zu bekommen und sie nicht zu erhöhen. Ich bin froh über das Votum von Florian Utz (SP), dass man entsprechende Anträge stellen könne und die SP diesen zustimmen würde. Wir werden diese Anträge deshalb auch stellen.

S. 205	25 2520 4270 0200	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Mieten für Benutzung öffentlichen Grundes: Bauzwecke, Reklamen, Taxi, Car, Märkte und Übrige				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
112.	Antrag Stadtrat			598 000	-8 358 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
					-7 760 000	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung:	Verzicht auf Gebührenerhöhung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 113.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir fordern einen Verzicht auf die Gebührenerhöhungen und nehmen eine Verschlechterung von 341 000 Franken in Kauf. Wir haben oft gesehen, dass man irgendwelche Bestätigungen in vielfacher Fax- oder Kopieausführung erhält. Wenn man sieht, wie viele Kopien an wen gehen, fragt man sich schon, was in der städtischen Verwaltung alles verteilt wird. Hier wären Einsparungen durchaus möglich.

Florian Utz (SP): Hier gilt dasselbe wie beim letzten Antrag. Wenn es ein entsprechendes Postulat oder einen anderen Vorstoss für den Verzicht auf die Gebührenerhöhung gibt, wird die Fraktion diesen prüfen. Ich sprach allerdings von Prüfen, nicht von Zustimmung oder Ablehnen. Der Antrag wie er hier steht, bewirkt nichts. Das Reglement wird dadurch nicht geändert.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Ich gehe davon aus, dass die Gebühren über eine Motion geändert werden können. Von der SP kam nun geradezu eine Aufforderung, mit einer Motion alle Gebührenangelegenheiten zu überprüfen und mit einer Weisung eine Anpassung der verschiedenen Gebühren bei Amtshandlungen zu verlangen. Wir sind bereit, eine solche Motion zu bringen, erwarten dann aber auch die entsprechende Unterstützung.

Roger Liebi (SVP): Ich würde noch einen Schritt weitergehen. Wenn wir nun einen Antrag ausarbeiten würden, wäre die SP am besten gleich mit dabei, damit wir noch etwas einbringen könnten, das die SP mitunterstützen würde. Dann könnte sie den Antrag von Beginn an prüfen und wir wüssten von Beginn an, woran wir sind. Es ist sehr sinnvoll, dass die Sozialdemokraten auch der Meinung sind, dass man die Gebühren nicht immer erhöhen, sondern senken sollte.

Roger Tognella (FDP): Auch die Quartierfeste sind von den Gebührenerhöhungen betroffen. Ich habe zahlreiche Vorstösse zum gleichen Thema eingereicht. Bezüglich der Gebührenordnung muss etwas geschehen. Ich muss Roger Liebi (SVP) in einem Punkt korrigieren: Die A-Post-Briefmarken und die Gebühren für die Kopien bezahlen wir bereits in der Gebühr. Das wird überwältigt und ist in dem Sinn kostenneutral in Bezug auf das Budget. Es kann allerdings nicht sein, dass man nun 10 % linear die Gebühren erhöht, ohne in der ganzen Bewilligungsanlage einen Mehrwert zu haben. Die SP möchte uns entgegenkommen. Ich bitte sie, tatsächlich konstruktiv mitzuarbeiten, wenn es darum geht, die Gebühren zu überprüfen und am Schluss die Gebührenerhöhungen auf ein für die Quartierfestveranstalter und andere Festveranstalter erträgliches Mass zu senken.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die SP pflegt als Fraktion das Vorgehen, dass wir solche Angelegenheiten intern noch eingehend diskutieren. Ich möchte Dr. Urs Egger (FDP) und Roger Tognella (FDP) bitten, genau zuzuhören, bevor sie eine definitive Unterstützung heraushören.

S. 205	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	4310 0000	Gebühren für Amtshandlungen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
113.	Antrag Stadtrat			-3 156 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			341 000	-2 815 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung:	Verzicht auf Gebührenerhöhung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 47 Stimmen zu.

Antrag 114.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir beantragen eine Verschlechterung von 10 Millionen Franken. Die Bussenverteilung ist keine Kernaufgabe der Stadt.*

Florian Utz (SP): *Die Einnahmen fallen auf diesem Konto an, wenn Autofahrerinnen und Autofahrer zu schnell fahren. Der Budgetentscheid hat keinen Einfluss darauf. Wünscht die SVP weniger Bussen, hätte sie bei Konto 3010 einen Antrag stellen und zum Beispiel eine Halbierung der Polizeistellen beantragen müssen. Wenn hingegen auf diesem Konto weniger Einnahmen budgetiert werden, hat das keinen Einfluss auf das, was wir einnehmen. Wir haben dann eine Budgetverschlechterung von 10 Millionen Franken, ohne dass real irgendetwas verändert wird. Dieses Vorgehen ist nicht sinnvoll.*

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Wenn im Budget ein derart hoher Bussenertrag budgetiert ist, heisst das: Wenn etwas budgetiert ist, setze ich alles daran, dass das budgetierte Geld auch hereinkommt. Ist der Betrag nicht so hoch, drückt man vielleicht eher mal noch ein Auge zu, wenn jemand mit dem Auto in der Stadt kurz anhält, um Weihnachtseinkäufe einzupacken. Das hat in keiner Weise damit zu tun, ein Gesetz brechen zu wollen. Doch die Bussen werden rasch ausgesprochen, da man die Bussen auch einnehmen muss, weil sie budgetiert sind.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es ist in der Tat so, dass mit einem solchen Budgetposten anschliessend Budgetpolitik betrieben wird. Man stellt einen möglichst hohen Budgetposten ein, den man dann um jeden Preis erreichen will. Die Stadt kann damit nicht ein Geschäft machen wollen. Eigentlich müsste man den Budgetposten auf Null setzen und die tatsächlich anfallenden Bussen als ausserordentliche Erträge hereinnehmen und damit Schulden tilgen. Gemäss Budgetwahrheit sollte man einen erwarteten Betrag ins Budget nehmen. Das ist die betriebswirtschaftliche Argumentation. Doch es entsteht ein Teufelskreis. Man stellt einen Betrag ins Budget. Dann versucht man,*

diesen Budgetbetrag zu erreichen oder zu übertreffen. In den folgenden Jahren wird der Betrag sogar noch erhöht. So wird der Autoverkehr endlos schikaniert, wie zum Beispiel bei Temporeduktionen, bei denen manchmal sogar vorsichtige Autofahrer gebüsst werden müssen.

S. 206	25 2520 4370 0101	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Ertrag aus Ordnungsbussen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
114.	Antrag Stadtrat				-59 700 000	Mehrheit
				10 000 000	-49 700 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Bussenverteilung keine Kernaufgabe			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 39 Stimmen zu.

Antrag 115.

Kommissionsreferent:

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Anschaffung von Multimediageräten günstiger erfolgen könnte und fordert eine Kürzung von 100 000 Franken.

S. 207	25 2520 501425	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Einrichtungen für wissenschaftlich-technische Dienste				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
115.	Antrag Stadtrat				1 750 000	
			100 000		1 650 000	Zustimmung
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Enthaltung: Walter Angst (AL)
			Begründung: Preis bei Evaluation Anschaffungen stärker gewichten			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 116. bis 118.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): Das Stadtrichteramt kann das Schwarzfahren wieder büssen. Dies hat zur Folge, dass man mehr Bussen einnimmt, mehr Gebühren verrechnen kann, aber auch mehr abschreiben muss. Dies führt zu den drei vorliegenden Anträgen.

S. 209	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
	2525	Stadtrichteramt			
	3300 0000	Abschreibungen von Guthaben des FV			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
116.	Antrag Stadtrat			7 100 000	
			1 750 000	8 850 000	Zustimmung

Florian Utz (SP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)

Begründung: Ab 1.12.2012 kann das «Schwarzfahren» wieder gebüsst werden

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 117.

Wortmeldungen siehe Antrag 116. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 210	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
	2525	Stadtrichteramt			
	4310 0000	Gebühren für Amtshandlungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
117.	Antrag Stadtrat			-12 280 000	
		1 000 000		-13 280 000	Zustimmung

Florian Utz (SP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)

Begründung: Ab 1.12.2012 kann das «Schwarzfahren» wieder gebüsst werden

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 118.

Wortmeldungen siehe Antrag 116.

S. 210	25 2525 4370 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtrichteramt Ertrag aus Bussen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
118.	Antrag Stadtrat		1 500 000		-10 170 000 -11 670 000
				Zustimmung	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)
					Begründung: Ab 1.12.2012 kann das «Schwarzfahren» wieder gebüsst werden

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 119.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Bruno Amacker (SVP): Das Stadtrichteramt macht mit seinen viel zu hohen Gebühren Gewinn. Mit den Gebühren per se sollte man eigentlich keine Gewinne machen dürfen. Ein Gericht macht üblicherweise keine Gewinne, sondern beachtet das Äquivalenzprinzip. Das Stadtrichteramt beachtet dieses Prinzip nicht und setzt die Gebühren viel zu hoch an. Dieser Antrag kommt jedes Jahr. Interessant ist, wer jeweils auf unserer Seite steht. Wir sind klar gegen eine Gebührenerhöhung.

Florian Utz (SP): Diese Zahlen des Stadtrichteramts müssen im grösseren Kontext betrachtet werden. Über die letzten zehn Jahre gesehen erzielte das Stadtrichteramt keinen Gewinn, sondern einen Verlust. Das Stadtrichteramt ist keine hochrentable Institution, mit der man die Stadtkasse füllen will. Zudem ist es so, dass die Gebühren neu kantonal festgelegt sind. Sie wurden sogar gesenkt. Die Busse ist jeweils ungefähr gleich hoch wie die Gebühr. Auch hier kann man nur etwas ändern, wenn man die Gebührenordnung ändert.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Es ist nicht so, dass wir unsere Meinung ändern würden. Zum Zeitpunkt, als die Abstimmung stattfand, war auf der Fahne die Million auf der anderen Seite. Dem hätten wir definitiv nicht zustimmen können. Wir haben immer noch die gleiche Haltung wie in den letzten Jahren und sind eigentlich grundsätzlich gegen Gebührenerhöhungen.

Niklaus Scherr (AL): Zur Präzisierung: Der Kanton erstellt eine Rahmenordnung. Die Gemeinden können dann in ihrem eigenen Ermessen die Gebühren festlegen. Ein Beispiel: Eine Kopie kostet 5 Franken. Man organisiert nun neue Drucker, um alles noch effizienter zu gestalten. Auf der Gebühreenseite wird aber trotzdem alles immer teurer.

S. 210	25 2525 4310 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtrichteramt Gebühren für Amtshandlungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
119.	Antrag Stadtrat				-12 280 000	Mehrheit
				1 000 000	-11 280 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
			Begründung: Zu hohe Gebühren, nicht einsehbar dass Stadtrichteramt Gewinn schreibt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 46 Stimmen zu.

Antrag 120.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Stadt ist angehalten, 370 000 Franken für die Anschaffungen von Korpsmaterial und Ausrüstung für den Zivilschutz auszugeben. Nur ein Teil davon wird vom Kanton zurückerstattet. Die Minderheit der RPK ist deshalb der Meinung, dass zumindest ein Teil dieser Ausgaben verschoben oder reduziert werden könnte.

Florian Utz (SP): Es herrscht ein breiter Konsens darüber, dass man auch beim Zivilschutz sparen soll. Es gibt vier Anträge dazu. Im Gegensatz zu den anderen drei Budgetposten hat die Verwaltung bei diesem Posten bereits intern Kürzungen vorgenommen. Dadurch sollte der aktuelle Betrag angemessen sein.

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): Der Zivilschutz leistet gute Dienste, er unterstützt zum Beispiel ältere Leute. Der Zivilschutz ist aber auch für Notsituationen da. Vielleicht sind wir eines Tages froh, dass es in der Stadt Zürich einen Zivilschutz gibt, der mit dem notwendigen Material ausgerüstet ist. Hier sollten keine Kürzungsanträge gestellt werden.

S. 212	25 2550 3111 0300	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Anschaffungen Korpsmaterial und Ausrüstung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
120.	Antrag Stadtrat				370 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)

150 000	220 000	Minderheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
Begründung: Verzicht auf einen Teil der Ausgaben für die Beschaffung von Korpsmaterial für den Zivilschutz			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 45 Stimmen zu.

Antrag 121.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Auch dieser Antrag sollte im Rahmen des Projekts 17/0 überprüft werden. Es geht um den geplanten Umbau der Zivilschutzanlage Tannenrauch. Unter anderem soll zum Beispiel das Warmwasseraggregat entfernt werden, da es nach dem neuen Standard nur noch Kaltwasser geben soll. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Notwendigkeit des Umbaus nochmals im Projekt 17/0 geprüft werden sollte.

Roland Scheck (SVP): Bei diesen Anträgen geht es nicht um das Sparen, sondern um das Durchsetzen einer Ideologie. Nach dem Weltbild der Linken ist alles negativ, was mit Militär oder Zivilschutz zu tun hat. Ob Schutz und Rettung die Leistungen zugunsten der Bevölkerung noch bringen kann, spielt bei dieser Ideologie keine Rolle mehr. Es handelt sich nicht um Sparanträge, sondern um durchsichtige Angriffe auf eine Institution. So etwas hat in einer Budgetierung keinen Platz. Wir haben als Gemeinderat eine Verantwortung zu tragen.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Ich bin erstaunt. Wenn die Linke einen Kürzungsantrag stellt, kommt der Vorwurf, es sei reine Ideologie. Wenn aber die SVP einen Antrag stellt, soll es nur um das Sparen gehen.

S. 213	25 2550 3149 0100	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Kleinere Neu- und Umbauten: Zivilschutzanlagen und öffentliche Schutzräume			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
121.	Antrag Stadtrat				510 000
					Minderheit
			365 000		145 000
					Mehrheit
					Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)
			Begründung: Überprüfung der Notwendigkeit des Umbaus der Zivilschutzanlage Tannenrauch im Rahmen des Projektes 17/0		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 122.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): Dank der nicht durchgeführten Stabsrahmenübung können insgesamt 200 000 Franken gespart werden. 100 000 Franken haben wir bereits auf einem vorherigen Konto eingespart, hier folgen nun die restlichen 100 000 Franken.

S. 213	25 2550 3180 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
122.	Antrag Stadtrat		100 000		3 325 000 3 225 000
				Zustimmung	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)
					Begründung: Stabsrahmenübung findet nicht statt

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 123.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Schutz und Rettung möchte für eine Kampagne zur Gewinnung von elf neuen Milizfeuerwehrleuten 150 000 Franken ausgeben. Die Mehrheit der RPK hält diesen Betrag für zu hoch. Man könnte auch andere Modelle prüfen, zum Beispiel eine Vermittlungsprämie von 1 000 Franken. Das würde eventuell auch zum Erfolg führen und die Ausgaben wären dann kleiner.

Dr. Urs Egger (FDP): In der Milizfeuerwehr besteht tatsächlich ein Unterbestand von elf Personen. Es sind aber auch diverse Massnahmen vorgesehen, um diesen Unterbestand zu korrigieren. Deshalb wäre eine Kürzung der falsche Weg. Ich bin erstaunt, dass hier einige Personen die Milizfeuerwehr so einschätzen, dass man einfach Geld wegstreichen kann. Die Mittel müssen so eingesetzt werden, dass der Unterbestand korrigiert werden kann.

Weitere Wortmeldung:

Rolf Müller (SVP): Um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, ist nebst der Berufsfeuerwehr auch eine starke, gut ausgebildete Milizfeuerwehr notwendig. Aufgrund vieler altersbedingter Rücktritte sind etliche Milizfeuerwehrkompanien stark unterbesetzt. Als ehemaliger Abteilungskommandant der Milizfeuerwehr Zürich kenne ich die grossen Anstrengungen und Bemühungen, geeignete Angehörige für die Milizfeuerwehr zu rekrutieren. Derzeit laufen in Zusammenarbeit mit dem Kanton grosse Werbeanstrengungen. Die SVP lehnt die beantragte Kürzung ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die Mehrheit der RPK bringt eine langfristig gefährliche Gering-schätzung für die Milizfeuerwehr zum Ausdruck. Es wird immer schwieriger, im Milizbereich Leute zu finden, die bereit sind, in der Freizeit auf Abruf einzurücken und die Berufsfeuerwehr zu unterstützen. Die Milizfeuerwehr ist jedoch von zentraler Bedeutung. Wenn wir irgendwann mit der Milizfeuerwehr die Berufsfeuerwehr nicht mehr ergänzen können, müssen wir sie durch Profis ersetzen. Das wird dann deutlich teurer. Die Argumentation, bei einem Unterbestand von elf Personen bräuchte es doch keine Kampagne, ist riskant. Die Mehrheit der RPK sollte sich vertiefter mit dem Thema auseinandersetzen.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Ich habe keineswegs gesagt, dass man auf neue Milizfeuerwehrleute verzichten soll. Auch habe ich mich in keiner Weise negativ über die Milizfeuerwehr geäußert. Ich bin lediglich der Meinung, dass man andere Wege in Erwägung ziehen sollte, um neue Leute zu gewinnen und habe dazu eine Vermittlungsprämie vorgeschlagen. Eine andere Möglichkeit wäre, den Leuten in der Milizfeuerwehr selbst 500 Franken mehr zu geben. Das wäre günstiger und würde für die Betroffenen die grössere Wertschätzung als eine Kampagne bedeuten.

Dr. Urs Egger (FDP): Offenbar haben die Rot-Grünen den Eindruck, dass es die Milizfeuerwehr nicht braucht. Da sind sie auf dem falschen Weg. Es geht hier zudem auch darum, dass erfolgreich angeworbene Leute auch noch eine Uniform benötigen.

S. 213	25 2550 3180 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
123.	Antrag Stadtrat				3 325 000	Minderheit
			150 000		3 175 000	Mehrheit
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			Begründung:			
					Betrag ist für 11 Milizfeuerwehrleute zu hoch	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 59 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 124. und 125.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Für Zivilschutzaufgebote sind die jeweiligen Gemeinden zuständig. Es gibt auch einen Rahmen, der durch höheres Recht vorgegeben ist. Innerhalb dieses Rahmens ist die Stadt aber bis zu einem gewissen Grad flexibel. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass derzeit eher zu viele Leute aufgeboden werden. Bereits bei den Aushebungen ist es so, dass viel mehr Leute dem Zivilschutz zugeteilt werden, als er benötigen würde. Hier sollten Wege geprüft werden, wie die Aufgebote dem effektiven Bedürfnis der Stadt angeglichen werden könnten. Es geht nicht um eine Abschaffung des Zivilschutzes, sondern darum, ein optimales Verhältnis von Kosten und Nutzen zu finden im Rahmen des Projekts 17/0. Es geht bei den beiden Konten weniger um eine Einsparung. Jeder Kurs oder Einsatz des Zivilschutzes ist noch mit anderen Kosten verbunden.

Mauro Tuena (SVP): Die Kürzung sollte nicht vorgenommen werden. Ich habe kein Verständnis dafür, dass man Kürzungen vornehmen will, nur weil einem politisch etwas nicht passt. In diesen Fällen sollte man nicht mit Kürzungsanträgen kommen und irgendwelche Begründungen liefern.

S. 213	25 2550 3180 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
124.	Antrag Stadtrat				3 325 000	Minderheit
			50 000		3 275 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Walter Angst (AL)
		Begründung:	Im Rahmen des Projektes 17/0 soll geprüft werden, wie die Anzahl der aufgebodenen Zivilschützer unter Kosten-/Nutzensgesichtspunkten optimiert werden kann			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 33 Stimmen zu.

Antrag 125.

Wortmeldungen siehe Antrag 124. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 214	25 2550 3180 0102	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Sold Milizfeuerwehr/Pikettendienste, Anlässe Zivilschutz, Entlassung aus Wehrpflicht				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
125.	Antrag Stadtrat				1 900 000	Minderheit
			50 000		1 850 000	Mehrheit
						Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)
		Begründung:	Im Rahmen des Projektes 17/0 soll geprüft werden, wie die Anzahl der Zivilschutztage unter Kosten-/Nutzensgesichtspunkten optimiert werden kann			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 33 Stimmen zu.

Antrag 126.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir fordern hier eine Verbesserung von 20 000 Franken. Der Betrag ist für eine Jubiläumsfeier der Dienstabteilung Verkehr eingestellt. Aus unserer Sicht ist dies insbesondere angesichts der angespannten Finanzlage nicht notwendig. Es ist nicht einzusehen, weshalb ein 10-jähriges Jubiläum mit 20 000 Franken gefeiert werden muss. Man könnte vermuten, dass es sich um ein Jubiläum «10 Jahre Verkehrsverhinderung in der Stadt Zürich» oder um eine Inaugurationsfeier der neuen Direktorin Esther Arnet handelt.*

Florian Utz (SP): *Die SVP versucht aus Rache für die Ernennung der neuen Direktorin, auf der Dienstabteilung Verkehr herumzuhacken und Feiern zu streichen. Das ist nicht konstruktiv. Die SVP fordert stets, die Stadt solle sich wie ein Unternehmen verhalten. In der Privatwirtschaft gibt es aber auch ab und zu solche Feiern.*

Weitere Wortmeldungen:

Roland Scheck (SVP): *Ich schliesse mich dem Votum von Roger Liebi (SVP) an. In einer angespannten Finanzlage liegt es nicht drin, grössere festliche Anlässe durchzuführen. Es ist sowohl gegenüber den anderen Abteilungen und Departementen, die für ihre finanziellen Mittel echte Leistungen erbringen, als auch gegenüber dem Steuerzahler despektierlich. Die Dienstabteilung Verkehr hat eine neue Direktorin. Eine ihrer ersten Amtshandlungen ist tatsächlich, ein Fest für 20 000 Franken zu veranstalten. Bevor gefeiert wird und unnötig Steuergelder ausgegeben werden, sollte zuerst gearbeitet werden.*

Roger Tognella (FDP): Die FDP erachtet es nicht als notwendig, ein 10-jähriges Jubiläum zu feiern. Dienstabteilungen in der Stadt Zürich, die zehn Jahre bestehen, gibt es schon seit Jahrzehnten immer wieder. Würde man jedes 10-Jahre-Jubiläum feiern, würde das nichts bringen. Die Feier ist unnötig. Man kann darauf verzichten.

Urs Fehr (SVP): Zum Votum von Florian Utz (SP): Der Vergleich mit der Privatwirtschaft funktioniert nicht. Diese Feier kann nicht mit einer Feier in einem Unternehmen verglichen werden. Der grosse Unterschied besteht darin, dass hier die Steuerzahler die Feier finanzieren sollen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es ist klar, dass die Dienstabteilung Verkehr für einige hier keine überaus sympathische Dienstabteilung ist. Die Dienstabteilung macht jedoch wie alle anderen Abteilungen einen jährlichen Rapport, bei dem sie die Mitarbeitenden zusammenruft. Nun tut sie dies anlässlich des 10-jährigen Jubiläums etwas ausgedehnter. Das kann man schlecht finden. Doch die permanenten Attacken auf Esther Arnet sind aufs Schärfste zu verurteilen. Diese permanente Personalisierung ist eine Schande.

S. 217	25 2555 3099 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
126.	Antrag Stadtrat				88 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
			20 000		68 000	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Verzicht auf Feier			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 127.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Kurt Hüssy (SVP): Es bestehen bereits viel zu viele Verkehrsregelungsanlagen. Überall auf der Welt schalten die Ampeln auf Grün, wenn Verkehr kommt. In Zürich ist es genau umgekehrt. Für die Velos spielt das offensichtlich aber keine Rolle, denn für sie bedeuten alle Farben freie Fahrt. Der Verkehr ohne Ampeln würde wieder fließen können. Die Unmengen der in den stehenden Kolonnen produzierten Schadstoffe würden nicht mehr der Umwelt schaden. Wir wollen mindestens die Hälfte des Postens streichen.

Florian Utz (SP): Wollten wir, so wie uns vorgeworfen wird, den Verkehr behindern, würden wir den Antrag unterstützen. Die Hälfte aller Ampeln würde abgebaut. Es gäbe viel mehr Verkehrsunfälle und überall Stau. Wir sind der Meinung, dass die Städteinitia-

tive umgesetzt werden muss. Aber sie soll nicht so umgesetzt werden, dass die Verkehrsunfälle verdoppelt werden. Das ist der falsche Weg.

Weitere Wortmeldung:

Simon Kälin (Grüne): *Interessanterweise hat jeder immer dann Rot, wenn er eine Verkehrsanlage benutzen will. Bei dieser Argumentation hat jeder seine eigene Sichtweise.*

S. 218	25 2555 3149 0101	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Kleinere Neu- und Umbauten: Verkehrsregelungsanlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
127.	Antrag Stadtrat				2 300 000	Mehrheit
					1 150 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
			Begründung: Kürzung um 50 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 128.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Bruno Amacker (SVP): *Das Bundesgericht fällt hier gestützt auf ein Gutachten einen Entscheid. Es heisst, das Parkieren auf einem Parkplatz in der Innenstadt sei gesteigerter Gemeingebrauch, entspreche demnach nicht mehr dem normalen Gebrauch eines Parkplatzes. Wenn das Parkieren auf einem Parkplatz kein normaler Gebrauch eines Parkplatzes ist, was ist dann der Normalgebrauch eines Parkplatzes in der Innenstadt? In der Innenstadt beläuft sich der Gemeingebrauch offenbar auf eine Viertelstunde oder eine Halbstunde. Das ist realitätsfremd. Geht man in der Stadt einkaufen und noch etwas essen, dauert das durchschnittlich bis zu einem halben Tag. Das ist Normalgebrauch. Die Gebühren, die zusätzlich erhoben werden, sind deshalb unzulässig.*

Florian Utz (SP): *Gesteigerter Gemeingebrauch liegt vor, wenn eine Nutzung eines Grundstücks nicht mehr bestimmungsgemäss oder gemeinverträglich ist. Selbstverständlich ist es bestimmungsgemäss, auf einem Parkplatz zu parkieren. Gleichzeitig muss es aber auch noch gemeinverträglich sein. Das bedeutet, dass niemand von der Benutzung ausgeschlossen wird. Wollen zwei Personen am gleichen Ort parkieren, ist das nicht mehr gemeinverträglich. Das ist vom Bundesgericht für jede Nutzung über 30 Minuten allgemein anerkannt. Würde die Gebühr abgeschafft, müssten die Steuern in der Stadt Zürich um ein halbes Prozent erhöht werden. Somit müssten Zürcherinnen und Zürcher mehr bezahlen und Auswärtige weniger. Letztere machen jedoch beim Parkieren einen grossen Teil aus. Es ist unsere Aufgabe, zürcherische Interessen zu vertreten.*

Weitere Wortmeldung:

Bruno Amacker (SVP): Die Begründung, wenn jemand sein Auto auf den Parkplatz stelle, sei eine andere Person ausgeschlossen und deshalb liege gesteigerter Gemeingebrauch vor, ist falsch. Das gilt bei jedem Parkplatz, auch irgendwo auf dem Land. Mit dieser Begründung müsste man grundsätzlich auf jedem Parkplatz eine Gebühr erheben.

S. 219	25 2555 4270 0300	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Parkierungsgebühren für den gesteigerten Gemeingebrauch				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
128.	Antrag Stadtrat				-6 300 000	Mehrheit
				6 300 000	0	Minderheit
			Begründung: Parkieren hat nichts mit gesteigertem Gemeingebrauch zu tun			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 129.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Unser Antrag hat das Ziel, das Budget für den Bau von Verkehrseinrichtungen konstant zu halten. Auf eine Erhöhung gegenüber dem aktuellen Budget 2012 kann durchaus verzichtet werden. Das Jahr 2012 hat gezeigt, dass rund 8,5 Millionen Franken auf dieser Position ausreichen. Gerade auf einem Sammelkonto können allfällige Spitzen durch das Portfoliomanagement geglättet werden. 8,5 Millionen Franken jährlich für den Bau von Verkehrseinrichtungen sind für eine Stadt in der Grösse von Zürich mehr als ausreichend. Andere, um einiges grössere Städte kommen mit weniger Geld aus und funktionieren verkehrstechnisch sogar besser als Zürich. Behindert man den Verkehr weniger, so braucht es auch weniger Verkehrsleiteinrichtungen.

Florian Utz (SP): Der Bau von Verkehrsleiteinrichtungen hängt davon ab, wie viele neue Strassen gebaut werden. Diese Zahl schwankt von Jahr zu Jahr. Wo neue Strassen gebaut werden, braucht es Verkehrsleiteinrichtungen. Der Verkehr muss gesteuert werden. Ansonsten sind wir wieder bei dem Punkt, dass es mehr Unfälle gibt. Diese Verantwortung möchten wir nicht übernehmen.

S. 220	25 2555 501210	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Bau von Verkehrseinrichtungen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
129.	Antrag Stadtrat				10 500 000	Mehrheit
			2 080 000		8 420 000	Minderheit
			Begründung: Verzicht auf Bauprojekte			
						Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP) Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 130.

Kommissionsreferentin:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Stelle konnte besetzt werden. Die 30 000 Franken werden nicht mehr benötigt.

S. 222	30 3000 3080 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für temporäre Arbeitskräfte				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
130.	Antrag Stadtrat				30 000	
			30 000		0	Zustimmung
			Begründung: Stelle zwischenzeitlich besetzt, keine temporäre Arbeitskraft mehr nötig			
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Vize- präsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 131.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) verlangt 84 000 Franken für die Aus- und Weiterbildung des Personals. Wir beantragen, den Betrag um 49 000 Franken zu kürzen. Gemäss der Antwort des GUD sind die Ausbildungsanträge bereits bewilligt. Das ist ein seltsamer Budgetvorgang. 2011 reichten 21 000 Franken. Das GUD hat daher mit 35 000 Franken immer noch genug Handlungsspielraum.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Dass der Betrag gegenüber dem Budget 2012 höher budgetiert ist, hat einen konkreten Hintergrund. Es gingen bereits fünf Anträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein. Das Konto schwankt stark, da die Anzahl der Mitarbeitenden nicht sehr hoch ist.

S. 222	30 3000 3091 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Aus- und Weiterbildung des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
131.	Antrag Stadtrat				84 000	Mehrheit
			49 000		35 000	Minderheit
			Begründung: Weiterbildungen im bisherigen Umfang sind ausreichend			
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 132.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass der budgetierte Betrag auf dem Niveau des Budgets 2012 belassen werden kann. In letzter Zeit wurden viele Stellen neu besetzt. Sollte der nun budgetierte Betrag nicht reichen, könnte man immer noch einen Zusatzkredit beantragen.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Eine sorgfältige Rekrutierung von neuen Mitarbeitenden ist wichtig und nachhaltig. Wir sind überzeugt, dass die zusätzlichen Gelder sinnvoll und gewinnbringend eingesetzt werden.

S. 222 30
3000
3092 0000

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung
Personalwerbung

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
132. Antrag Stadtrat			45 500	Minderheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	22 500		23 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung: Mehrausgaben sind unnötig, externe Audits unbegründet				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 38 Stimmen zu.

Antrag 133.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Informations- und Beratungsstelle Wohnen im Alter (WiA) sind temporäre Aktionen geplant. Die Minderheit der RPK ist der Meinung, dass die Beratungsstelle wertvolle Arbeit leistet. Doch es braucht keine weitere Aktionen im Zusammenhang mit dem Jubiläum. Die Aktionen sollen so weitergeführt werden wie bisher.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Das 40-jährige Jubiläum der WiA sollte gefeiert werden. Es ist wichtig, dass die Dienstleistung der Stelle in die Bevölkerung hinausgetragen wird. Mit der Feier und der dazugehörigen Presse wird das Bewusstsein für diese sinnvolle Dienstleistung gerade bei der älteren Bevölkerung gestärkt.

Weitere Wortmeldung:

Marina Garzotto (SVP): In der Abteilung WiA arbeiten fünfzehn Personen, vermutlich nicht alle Vollzeit. Im nächsten Jahr will die Beratungsstelle wie alle zehn Jahre ein Jubiläum feiern. Der Betrag von 20 000 Franken für das Jubiläum scheint uns übertrieben. Das wären umgerechnet 1 333 Franken pro Angestellte. Auch die grosse Anzahl von Personen, die sich von der WiA beraten lassen, können kaum an ein solches Jubiläum eingeladen werden. Das würde noch viel teurer. Die Personen erhalten ihre Beratung gratis. Sie müssen nicht noch mehr beschenkt werden. Wir unterstützen die Reduktion von 20 000 Franken.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Wir werden immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, dass die Stelle der Bevölkerung kaum bekannt ist. Doch wie soll die Stelle bekannt gemacht werden, wenn es nicht erlaubt wird? Das Jubiläum ist ein guter Aufhänger, um auf die Stelle und ihre Tätigkeiten hinzuweisen. Auch Angehörige sollen dadurch erreicht werden. Es soll erklärt werden, wie man zu einem Angebot und zu einer Unterstützung kommt. Dazu würden auch die Publireportagen im Lokalinfo gehören, welches in den Quartieren

von einer breiten Masse gelesen wird. Man sollte der WiA die Möglichkeit geben, ihre Dienstleistung der älteren Bevölkerung bekanntzumachen.

S. 223	30 3000 3107 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
133.	Antrag Stadtrat				49 000	Mehrheit
					20 000	Minderheit
					29 000	Minderheit
						Andrea Nüssli-Danuser (SP) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)
						Begründung: Verzicht auf ein Jubiläum der WiA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 134.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Die SVP beantragt bei den überbezahlten Reisen eine Kürzung um 11 000 Franken. Sechzehn Personen aus der Verwaltung müssen an zwei Veranstaltungen teilnehmen, welche vermutlich in der Stadt Zürich stattfinden. Mit dieser Begründung werden nun 11 000 Franken mehr verlangt als im letzten Jahr. Das wären pro Person und Veranstaltung umgerechnet 343.75 Franken. Mit diesem Geld könnte man eine Bahnreise erster Klasse durch die Schweiz bezahlen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Mehrheit der RPK hat in der Sitzung vom Mittwoch bereits eine Pauschalkürzung für Reise- und Spesenentschädigungen angenommen. Deshalb verzichten wir darauf, bei einzelnen Dienstabteilungen zusätzliche Sparanträge zu stellen.

S. 223	30 3000 3170 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
134.	Antrag Stadtrat				56 000	Mehrheit
					11 000	Minderheit
					45 000	Minderheit
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
						Begründung: Überbezahlte Reisen streichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 135.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Wir empfehlen, den Betrag um 21 000 Franken zu kürzen. Die Mitarbeitenden-Befragung sollte nicht durchgeführt werden. Die Geschlechterbalance kann man falls notwendig bei der Rekrutierung von neuem Personal nach und nach umsetzen. Dafür sollten keine Dienstleistungen Dritter benötigt werden.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Bereits im 2012 war eine Mitarbeitenden-Befragung zum Thema Arbeit und Gesundheit geplant. Diese hat sich nun auf das Jahr 2013 hinausgezögert. Zudem war für die Umsetzung einer paritätischen Teilhabe der Geschlechter im Kader für das 2013 ein Betrag von 11 000 Franken budgetiert. Dieses Anliegen entspricht einer von SP, Grünen und GLP eingereichten Motion, die einen Mindestanteil von einem Drittel Frauen in den Kaderpositionen fordert.

S. 223	30 3000 3180 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
135.	Antrag Stadtrat				511 500	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			21 000		490 500	Minderheit Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung:	Keine Mitarbeitenden-Befragung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 136.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tamara Lauber (FDP): Wir beantragen hier eine Kürzung von 90 800 Franken. In der Begründung wird ausgeführt, dass im Rahmen des Massnahmenplans für die Altersstrategie weitere Studien für die Weiterentwicklung nötig seien. Die Verwaltung benötige dafür externe Fachkräfte. Die Strategie wurde bereits ausgearbeitet, doch nun sind offenbar noch weitere Untersuchungen und wissenschaftliche Befragungen und Auswertungen notwendig, um die konkreten Massnahmen zu definieren und umzusetzen. Wir sind der Meinung, dass die externe Unterstützung nicht mehr notwendig ist.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Der Stadtrat hat im Juni 2012 die Altersstrategie verabschiedet. Diese wurde der SK GUD präsentiert. Es gibt fünf Handlungsfelder, die zurzeit ausgearbeitet werden. Für die Ausarbeitung der einzelnen Projekte braucht es die ex-

terne Unterstützung. Dafür werden 90 000 Franken budgetiert. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass es eine Altersstrategie braucht und die externe Unterstützung, die das ausarbeitet, notwendig ist. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Anzahl der älteren Personen in der Stadt Zürich stetig zunimmt.

S. 223	30 3000 3180 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
136.	Antrag Stadtrat			511 500	Mehrheit
		90 800		420 700	Minderheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Projekte im Zusammenhang Altersstrategie mit internen Fachkräften abwickeln			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 137.

Kommissionsreferentin:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Auf die Namensänderung der Informations- und Beratungsstelle Wohnen im Alter kann vorläufig verzichtet werden. Es sind noch keine konkrete Vorschläge für einen neuen Namen vorhanden. Deshalb kann der Kürzung von 36 100 Franken zugestimmt werden.

S. 224	30 3000 3911 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
137.	Antrag Stadtrat			100 000	
		36 100		63 900	Zustimmung
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung: Verzicht auf Namensänderung WiA / neues Corporate Design			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 138.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Abteilung Spitex Kontraktmanagement besteht heute aus 5,2 Stellen. Es ist unbestritten, dass das Angebot ausgebaut werden soll. Wir sind einverstanden mit den zusätzlichen 1,8 Stellen. Für die zwei zusätzlichen Mitarbeiterinnen wird jedoch noch einen Fachbereichsleiter gefordert. Die Minderheit geht davon aus, dass die bestehenden 5,2 Stellen bereits schon über einen Chef verfügen. Für eine Abteilung mit 7 Stellen braucht es nicht noch einen zusätzlichen Chef.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Fachstelle für präventive Beratung im Alter der Spitex Zürich soll um 2,6 Stellen auf insgesamt 7,8 Stellen aufgestockt werden. Es ist nicht so, dass eine Chefstelle für zwei Mitarbeiterinnen geschaffen wird. Zudem handelt es sich nicht um einen Chef, sondern um eine Fachbereichsleitung. Dies steht so im öffentlich zugänglichen Stadtratsbeschluss 1076. Die RPK selber stellte zu den Stellen keine Rückfragen. Deshalb ist es nun vielleicht etwas schwierig, davon zu sprechen, die Stelle Chef brauche es nicht. Es geht hier um eine Fachbereichsleiterin, die es für die präventive Beratung braucht. Die Stelle sollte nicht gestrichen werden.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Ich verstehe nicht, wo genau der Unterschied zwischen einer Leiterin und einem Chef eines Fachbereichs liegt. Wir schliessen uns der Argumentation der Grünliberalen an.

S. 226	30 3010 3010 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
138.	Antrag Stadtrat				14 220 800	Mehrheit
			119 800		14 101 000	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Kein Chef für 2 Mitarbeitende			
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP) Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 58 Stimmen zu.

Antrag 139.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Wir beantragen eine Einsparung um 300 000 Franken. Die Weisung Kompass für das Alter haben wir im Herbst klar abgelehnt. Deshalb beantragen wir hier eine Kürzung.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Bei diesem Antrag geht es nochmals um dieselben Stellen, die wir im vorherigen Antrag bereits diskutiert haben. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass man die Stellen nicht streichen sollte.

S. 226	30 3010 3010 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
139.	Antrag Stadtrat				14 220 800	Mehrheit
			300 000		13 920 800	Minderheit
			Begründung: Verzicht auf Stellen für präventive Beratung			
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 140.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Es geht um den Verzicht auf das 30-jährige Jubiläum der Suchtbehandlung Frankental. Die SVP beantragt eine Kürzung um 50 000 Franken. Die Station Frankental ist leider notwendig. Es ist sicher so, dass dort gute Arbeit geleistet wird. Die SVP ist aber der Meinung, dass 50 000 Franken für ein eher trauriges Jubiläum zu viel sind. Das Jubiläum sollte eher in einem kleinen Rahmen zelebriert werden.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Mehrheit der RPK lehnt den Streichungsantrag der SVP für Aktionen im Zusammenhang mit dem 30-jährigen Bestehen der Suchtbehandlung Frankental ab.

S. 226	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3010	Städtische Gesundheitsdienste			
	3107 0000	Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
140.	Antrag Stadtrat			67 900	Mehrheit
		50 000		17 900	Minderheit
		Begründung: Verzicht auf Jubiläum Drogenstation Frankental			
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 141.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tamara Lauber (FDP): Wir beantragen eine Streichung von 274 500 Franken. Der Betrag soll hauptsächlich für Mitarbeitenden-Befragungen, für Supervisionen der Mitarbeitenden, für eine Analyse der Geschlechtsverteilung im Kader verwendet werden. Solche Befragungen sind unnötig und bei einem Budgetdefizit von 85 Millionen Franken angesichts der finanziellen Lage nicht angebracht.

Karin Rykart Sutter (Grüne): In den Antworten des GUD sind vierzehn Positionen aufgeführt, unter anderem die Mitarbeitenden-Befragung. Zu finden sind aber auch eine Spitex-Strategie, die Supervisionen der Mitarbeiterinnen oder Tariffragen im Zusammenhang mit Kompass. Von daher ist der Betrag sinnvoll. Die Mehrheit der RPK lehnt den Streichungsantrag ab.

S. 228	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3010	Städtische Gesundheitsdienste			
	3186 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
141.	Antrag Stadtrat			274 500	Mehrheit
		274 500		0	Minderheit
					Enthaltung
		Begründung: Auf Mitarbeitenden-Befragungen und nicht dringend notwendige Fremdleistungen ist zu verzichten			
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP) Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 47 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 142. bis 145.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): *Meine Begründung gilt für die Anträge 142, 143, 144 und 145. In jedem dieser Konten gibt es Beträge, bei denen man heute noch nicht genau weiss, wie die kantonale Gesundheitsdirektion dazu entscheiden wird. Falls sich nach der Entscheidung zeigen sollte, dass das Geld doch noch notwendig ist, kann das GUD die Beträge immer noch durch Zusatzkredite beantragen. Wir bewilligen nicht gerne Beträge auf Vorrat. Man sollte in allen Bereichen versuchen, die städtischen Leistungen zu minimieren.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Die Mehrheit der RPK ist nicht der Meinung, dass die Stadt Zürich warten muss, bis die Gesundheitsdirektion die Einführung der schweizweiten Tarife im Pflegebereich umgesetzt hat. Das ist weder seriös noch sinnvoll. Es ist bekannt, dass der Kanton generell immer etwas spät handelt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Beim ersten Kürzungsantrag geht es um Ausbildungsstellen bei den Spitex-Organisationen. Fehlen Ausbildungsstellen, fehlen bei der Spitex die Leistungen – unabhängig von den Tarifen, die die Gesundheitsdirektion festsetzt. Ältere Personen möchten gerne so lang wie möglich zu Hause wohnen können. Das funktioniert vor allem durch eine gut ausgebildete und gut ausgestattete Spitex. Im Alter brauchen fast alle Menschen irgendwann Pflege und Unterstützung. Können wir diese nicht mehr gewährleisten, müssten wir die Heimplätze ausbauen. Wir haben einen vom Pflegegesetz und dem Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz vorgeschriebenen Versorgungsauftrag. Ein Platz in einem Altersheim oder Pflegezentrum ist teurer, als wenn jemand zu Hause wohnt und ab und zu eine Spitexleistung erhält.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Die Anzahl der Pflagetage ist drastisch angestiegen. Das hat natürlich mit den Neuausrichtungen zu tun. Doch werden wirklich alle Stundenausweitungen benötigt? Es findet eine Umlagerung von den Spitälern auf die Hauspflege statt. Wir befürchten, dass hier wieder eine neue Industrie extrem ausgebaut wird. Das ist an den Zahlen des Vorjahres und auch jetzt wieder ersichtlich. Es kann nicht sein, dass diese Kosten uns irgendwann über den Kopf wachsen. Diese Leute können sicher auch mit etwas weniger Pflagestunden gut leben.*

Andrea Nüssli-Danuser (SP): *Ich muss Roger Liebi (SVP) widersprechen. Wir sind nicht mehr am Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Pflegebedürfnisse haben sich geändert. Auch wir werden einmal älter und benötigen entsprechende Bedürfnisunterstützung. So baut sich auch der Bedarf pro Kunde oder Kundin aus. Sich zu Hause unterstützen und pflegen zu lassen, ist deutlich günstiger, als sich in einem Alters- oder Pflegeheim betreuen zu lassen.*

STR Claudia Nielsen: *Die Spitex pflegt Pflegebedürftige und Kranke. Niemand lässt die Spitex aus Spass kommen. Vor allem aber existiert eine neue gesetzliche Grundlage,*

aufgrund derer mehr Aufgaben auf die Gemeinden übertragen wurden. Seit November müssen die Gemeinden wesentlich höhere Beiträge an die private Spitex und an die Freiberuflichen leisten. Ein Teil dieser Erhöhungen ist damit begründet. Es ist ein Versorgungsauftrag des Kantons. Man kann sich allenfalls fragen, ob es sinnvoll ist, dass die Finanzierung immer mehr auf die Gemeinden übertragen wird. Die Gesetze wurden im Kanton allerdings nicht von einer rot-grünen Mehrheit gemacht.

S. 228	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3010	Städtische Gesundheitsdienste			
	3650 0400	Beiträge an Haus- und Gemeindecrankenflegen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
142.	Antrag Stadtrat			945 000	Mehrheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		103 000		842 000	Minderheit
					Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Anpassung der Gesundheitsdirektion abwarten. Falls nötig via ZK beantragen, städtische Leistungen minimieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 143.

Wortmeldungen siehe Antrag 142. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 228	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3010	Städtische Gesundheitsdienste			
	3650 3000	Beiträge an private Unternehmungen für Leistungen der ambulanten Krankenpflege (Spitex)			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
143.	Antrag Stadtrat			25 229 900	Mehrheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		2 084 900		23 145 000	Minderheit
					Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung: Anpassung der Gesundheitsdirektion abwarten. Falls nötig via ZK beantragen, städtische Leistungen minimieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 144.

Wortmeldungen siehe Antrag 142. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 228	30 3010 3650 4000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Beiträge an private Unternehmungen für nichtpflegerische Leistungen (Spitex)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
144.	Antrag Stadtrat				18 974 700	Mehrheit
					1 839 000	Minderheit
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung:	Anpassung der Gesundheitsdirektion abwarten. Falls nötig via ZK beantragen, städtische Leistungen minimieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 145.

Wortmeldungen siehe Antrag 142. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 228	30 3010 3650 5000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Beiträge an private Unternehmungen für Leistungen der Akut- und Übergangspflege (Spitex)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
145.	Antrag Stadtrat				2 028 400	Mehrheit
					416 800	Minderheit
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung:	Anpassung der Gesundheitsdirektion abwarten. Falls nötig via ZK beantragen, städtische Leistungen minimieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 146.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tamara Lauber (FDP): Wir beantragen, auf die Erhöhung um 151 600 Franken zu verzichten. Aufgrund der neuen Situation ist es sicherlich korrekt, eine Aufstockung vorzunehmen. Dazu sind wir aufgrund übergeordneten Rechts gezwungen. Wir sind aber auch der Meinung, dass bei diesem Posten Sparpotenzial vorhanden ist, da wir nun soeben mehr Stellenprozente bewilligt haben, und daher auf temporäre Arbeitskräfte verzichtet werden kann.

Karin Rykart Sutter (Grüne): In den Pflegezentren der Stadt Zürich arbeiten sehr viele Personen. Wir haben vorher tatsächlich 25 Stellen bewilligt. Die temporären Arbeitskräfte werden bei Rekrutierungsschwierigkeiten benötigt oder um Krankheitsausfälle oder Mutterschaftsurlaube zu kompensieren.

S. 233	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3020	Pflegezentren der Stadt Zürich			
	3080 0000	Entschädigungen für temporäre Arbeitskräfte			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
146.	Antrag Stadtrat			1 155 100	Mehrheit
		151 600		1 003 500	Minderheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung:	Infolge der beantragten Mehrstellen Erhöhung nicht nötig		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 147.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Die SVP beantragt auf diesem Konto eine Kürzung von 50 000 Franken. Die Pflegezentren besitzen bereits alle eine gute Infrastruktur von bewegungstherapeutischen Geräten. Man sollte nicht wegen der Übergangspatienten nochmals neue Geräte anschaffen. Die bestehende Infrastruktur der Pflegezentren sollte miteinbezogen werden. Dann sollte es möglich sein, mit 50 000 Franken weniger auszukommen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Heute werden Patientinnen früher als zuvor aus dem Spital entlassen und müssen als Übergangslösung in Pflegeheime gehen. Die Pflegeheime sind jedoch noch nicht so ausgestattet wie die Spitäler. Deshalb wird hier ein Betrag für entsprechende Geräte eingestellt. Das ist sinnvoll.

S. 234	30 3020 3116 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Anschaffungen medizinische Geräte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
147.	Antrag Stadtrat				796 200	Mehrheit
			50 000		746 200	Minderheit
		Begründung:	Infrastruktur in den Pflegezentren miteinbeziehen			
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 148.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tamara Lauber (FDP): Wir beantragen eine Kürzung von 46 100 Franken und damit den Verzicht auf therapeutische Fremdleistungen, mit denen Personal, Bewohner und Angehörige psychologisch betreut werden sollen. Wir sind nicht der Meinung, dass die Leistungen nicht nötig sind. Doch wir sind gegen eine Erhöhung.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Unter die therapeutischen Fremdleistungen fallen psychologische Beratungen für Bewohnerinnen, Angehörige und Personal. Die FDP und SVP möchten gerne einen Betrag von 46 100 Franken sparen. Dieser Antrag ist nicht ganz nachzuvollziehen. Gemäss den Antworten geht es um einen Betrag von 135 000 Franken. Wir sind der Ansicht, dass die Leistungen dringend notwendig sind.

Weitere Wortmeldung:

Rolf Müller (SVP): In den Pflegezentren gibt es bereits heute viele therapeutisch wirkende Mitarbeitende. Wir sehen nicht ein, warum man nochmals unzählige Therapeutinnen von extern hinzuziehen soll. Einige sind sicher nötig. Trotzdem beantragen wir, 35 % auf den therapeutischen Fremdleistungen einzusparen.

S. 235	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3020	Pflegezentren der Stadt Zürich			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
148.	Antrag Stadtrat			4 474 100	Mehrheit
		46 100		4 428 000	Minderheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Auf therapeutische Fremdleistungen verzichten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 149.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tamara Lauber (FDP): Wir beantragen eine Kürzung von 100 000 Franken. Der Betrag soll auf dem Niveau des Jahres 2011 belassen werden. Hier kann man zum Ausdruck bringen, ob der Sparwille wirklich vorhanden ist oder nicht. Auch die Grünen sollten daran ein Interesse haben, denn hier sind auch die Drucksachen eingeordnet.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die 100 000 Franken nicht gestrichen werden sollten. Es geht hier um verschiedene Projekte.

S. 235	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3020	Pflegezentren der Stadt Zürich			
	3186 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
149.	Antrag Stadtrat			524 100	Mehrheit
		100 000		424 100	Minderheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Fr. 100 000 mehr als im 2011 sollten reichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 54 Stimmen zu.

Antrag 150.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Tamara Lauber (FDP): Wir beantragen eine Kürzung von 692 800 Franken. Wir sind dagegen, die dreizehn Stellen zu genehmigen. Sie wurden bereits 2012 nicht genehmigt. Es gibt keinen Grund, die Stellen nun zu bewilligen. Die finanzielle Situation hat sich in der Zwischenzeit nicht verbessert.

Samuel Dubno (GLP): Es geht um den Ausbau von Aktivierungstherapien. Es gibt vier Zielgruppen: Erstens die Bewohnenden, die Tagesbetreuung benötigen, zweitens die unterstützungsbedürftigen Bewohnenden, drittens die selbstständigen Bewohnenden und viertens ältere Menschen im Quartier. Die Kürzung wurde nicht 2012, sondern im Sparbudget 2011 vorgenommen. Die Minderheit 2 ist der Meinung, dass ein Ausbau angemessen ist, man aber mit der dritten Zielgruppe beginnen sollte und nicht gleich auch mit der vierten. Wir beantragen die Halbierung des Ausbaus.

Karin Rykart Sutter (Grüne): In den 27 Altersheimen mit insgesamt 2 150 Bewohnerinnen sollen dreizehn Stellen im Bereich Aktivierungstherapie geschaffen werden. Das Ziel ist, dass die Leute zu Hause und in den Heimen länger selbstständig sein können und ihre körperlichen und psychosozialen Fähigkeiten erhalten, fördern oder reaktivieren können. Damit kann die Lebensqualität, Gesundheit und Selbstständigkeit der Bewohnerinnen erhalten und verbessert werden. Die dritte Zielgruppe, die selbstständigen Bewohnerinnen der Altersheime sollen ebenfalls von diesem Angebot profitieren können. Sie werden länger selbstständig sein sowie gesünder und zufriedener. Die dreizehn Stellen sind sinnvoll und sollten bewilligt werden.

Weitere Wortmeldung:

Marina Garzotto (SVP): In vielen Begründungen des Budgets 2013 war zu lesen, dass man 2011 ein Sparbudget hatte und deshalb von damals immer noch Nachholbedarf bestehe. Es war aber damals nicht die Idee, dass man in den folgenden Jahren alles nachholen muss. Es hätte sich nicht um ein Sparen, sondern nur um ein Verschieben gehandelt. Der Alltag zeigte, dass es auch 2011 und 2012 mit weniger Luxus und auch mit weniger Personal ging. Deshalb ist die Kürzung um 692 800 Franken berechtigt.

S. 237	30 3026 3010 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Altersheime der Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
150.	Antrag Stadtrat				83 289 900	Mehrheit
		692 800			82 597 100	Minderheit 1
		345 000			82 944 900	Minderheit 2
			Begründung:	GLP: Verlangsamung Ausbau (nur Zielgruppe 3); FDP/SVP: Auf 13 Stellen im Bereich Aktivierungstherapie wie bereits Budget 2012 aus Spargründen verzichten		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(83 289 900)	65 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(82 597 100)	41 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(82 944 900)	<u>19 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 151.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tamara Lauber (FDP): Wir beantragen, bei der Aus- und Weiterbildungen des Personals auf knapp 200 000 Franken zu verzichten. Die Aus- und Weiterbildungen sind zwar durchaus zu begrüssen. Doch es werden teilweise Kurse angeboten, die man auch im privaten Rahmen besuchen und privat finanzieren könnte. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, Selbstfindungskurse finanzieren. Die Aus- und Weiterbildung ist auf die wirklich notwendigen Kurse zu beschränken.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Verschiedene Fach- und Themenbereiche sollen regelmässig in heimübergreifende Weiterbildungen und Fachtagungen angeboten werden. Zudem soll die individuelle Weiterbildung einzelner Mitarbeitender in verschiedenen Bereichen stattfinden, damit der Wissensstand aktuell bleibt.

S. 237	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT				
	3026	Altersheime der Stadt Zürich				
	3091 0000	Aus- und Weiterbildung des Personals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
151.	Antrag Stadtrat			823 900	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		198 900		625 000	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Aus- und Weiterbildung auf die wesentlichen und wirklich nötigen Kurse beschränken				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 152.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Bei Antrag 152 geht es um den übrigen Personalaufwand. Gegenüber dem vorjährigen Budget wurden im Jahr 2013 250 000 Franken mehr budgetiert. 75 % der Mitarbeitenden in den Altersheimen sind Frauen. Pflege und Betreuung von betagten Personen ist körperlich anstrengend und führt häufig zu Rückenproblemen. Die Planung von konkreten Aktivitäten, um die Gesundheit der Mitarbeiterinnen zu erhalten, steht allerdings noch bevor. Deshalb ist die Mehrheit der RPK der Meinung, dass für das 2013 eine Kürzung von 100 000 Franken vertretbar ist. Wenn die konkreten Aktivitäten ausgearbeitet sind, kann im nächsten Jahr die nächste Tranche gesprochen werden.

Tamara Lauber (FDP): Hier handelt es sich um eine Diskriminierung gegenüber den Männern. Weshalb sollen Massnahmen für die 75 % Frauen, nicht aber für die Männer ergriffen werden? Wenn es zudem kompetente Mitarbeitende sind, werden sie auch mit Stresssituationen und Belastungen umgehen können. Zudem wollen wir keine Gelder für Programme sprechen, die noch nicht konkret feststehen. Es sollte deshalb möglich sein, den Betrag zu streichen.

Weitere Wortmeldung:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Natürlich könnten auch Männer von den Angeboten profitieren. Doch in den Niedriglohnbereichen im Bereich Betreuung, Pflege und Reinigung arbeiten primär Frauen. Diese sind aufgrund der Familien- und Kinderarbeit zu Hause zusätzlich belastet. Diese Frauen fallen aufgrund von gesundheitlichen Problemen bis zu zehn Jahren früher aus dem Arbeitsleben. Hierzu soll ein Projekt zusammen mit Partnerinnen aus ETH und Universität ausgearbeitet werden. Die Personen in den Altersheimen sollen unterstützt werden, damit sie möglichst wenig krank werden. Wenn sie krank werden, wird die Belastung der übrigen Mitarbeiterinnen noch grösser. Die Bewohnenden erhalten dann nicht mehr die notwendige Zuwendung. Da noch kein Budget dazu existiert, stehen die Details noch nicht fest. Es ist wichtig, dass wir hier den vollen Betrag einsetzen. So können wir das Projekt gut aufgleisen und umsetzen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Selbstverständlich können die Männer auf Wunsch ebenfalls vom Angebot profitieren. Personal in diesem Markt ist nicht einfach zu finden. Es muss gefunden, aber auch gehalten und weitergebildet werden. Die Gesundheit des Personals ist dabei sehr wichtig. Die Qualität der Altersheime steht und fällt mit dem richtigen Personal. Wir versuchen, grosse Personalwechsel zu vermeiden. Bevor wir das Programm mit der ETH und Uni entwickeln, müssen wir allerdings wissen, ob wir über die notwendigen Mittel verfügen und das Programm überhaupt existieren wird. Es ist bereits viel Material vorhanden. Das Programm wird vor allem das in niedrigen Lohnkategorien arbeitende Personal befähigen, gesund an der Arbeit zu bleiben. Dieses Personal darf nicht noch mit einer Kürzung bestraft werden.

S. 237 **30**
3026
3099 0000

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Altersheime der Stadt Zürich
Übriger Personalaufwand

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
152.	Antrag Stadtrat		402 200		
	100 000		302 200	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	215 000		187 200	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL)
	Begründung: FDP/SVP: Kein Budget für noch nicht konkrete Programme, Gesundheitsförderung in diesem Umfang ist unbegründet; SP/GLP/Grüne: Fr. 115 000 müssten ausreichend sein für Projektstart Gesundheitsförderung				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(302 200)	39 Stimmen
Antrag Minderheit	(187 200)	41 Stimmen
Antrag Stadtrat	(402 200)	<u>45 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Mehrheit ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 60 gegen 41 Stimmen zugestimmt.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 154, Protokoll-Nr. 3404/2012).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

3421. 2012/232

Weisung vom 06.06.2012:

Elektrizitätswerk, Bergeller Kraftwerke, Projektierung Kraftwerksprojekt Bondea, Erhöhung neuer Ausgaben und Vorinvestitionskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. Oktober 2012 ist am 30. November 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. Dezember 2012.

Nächste Sitzung: Freitag 14. Dezember 2012, 17.00 Uhr.